

Abgeordnetenhaus B E R L I N

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit

14. Sitzung

24. September 2012

Beginn: 16.11 Uhr

Schluss: 18.21 Uhr

Vorsitz: Alexander Morlang (PIRATEN)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Alexander Morlang: Ich begrüße Sie zur 14. Sitzung des Ausschusses für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit. Ich begrüße Herrn Staatssekretär Statzowski, ich begrüße unseren Datenschutzbeauftragten, Herrn Dr. Dix, und alle weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Eichhörnchen der Verwaltung sowie alle Gäste und Medienvertreter und Medienvertreterinnen.

Die Übertragung der Ausschusssitzung als Audio-Livestream soll heute auch passieren. Gibt es dazu eine Gegenrede? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Dann hat die Fraktion Die Linke angeregt, den von ihr beantragten TOP 4 – Verkauf von Forderung im Bezirk Marzahn-Hellersdorf aus der Perspektive des Datenschutzes – zu vertagen und im Rahmen eines vom Berliner Datenschutzbeauftragten vorgeschlagenen Topics „Übertragung von Forderungen auf private Inkassounternehmen“ später mitzubehandeln. Wenn keine Einwände bestehen, verfahren wir so. Gibt es da Einwände? – Es gibt keine Einwände. Damit ist TOP 4 vertagt. – Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Vorsitzender Alexander Morlang: Da keine schriftlichen Fragen vorliegen, frage ich: Gibt es mündliche Fragen aus aktuellem Anlass? – Keine. Damit ist die Aktuelle Viertelstunde

geschlossen. Durch eine sehr kurze Viertelstunde sind wir mit 16.13 Uhr wieder im Zeitplan.
– [Zuruf] – Das ist hier wohl konsensual passiert.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht SenInnSport – ZS C 1 – vom 06.08.2012
**Kapitel 0500/Titel 540 01 – Projekte der
Verwaltungsmodernisierung**
rote Nr. Haupt 0563

[0064](#)

ITDat

Vorsitzender Alexander Morlang: Da geht es um eine rote Nummer, eine Vorlage aus dem Hauptausschuss. Anscheinend sind die Fragen, die eingereicht wurden, nicht rechtzeitig beim Senat angekommen. Das heißt, die Verwaltung kann sich jetzt nicht zu den ganzen Punkten äußern.

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport): Wir würden uns in der Lage sehen, doch weitestgehend die Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jetzt mündlich zu beantworten.

Vorsitzender Alexander Morlang: Gut! Dann beginnen wir damit einfach mal. Die Senatsverwaltung hat das Wort.

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport): Herr Vorsitzender! – Ich würde, wenn Sie damit einverstanden sind, jetzt erst einmal grundsätzlich etwas zu dem Tagesordnungspunkt sagen und danach zur Beantwortung der Fragen kommen.

Vorsitzender Alexander Morlang: Sehr gerne!

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ja vielleicht nicht ganz unwichtig, weil wir doch eine relativ neue Besetzung im Ausschuss haben und die Vorgeschichte vielleicht nicht bei allen in der Form gleichermaßen bekannt ist. Seit 2007 gibt es das Projekt „ServiceStadt Berlin“, und damit ist auch der Schwerpunkt der Verwaltungsmodernisierung offenkundig, er liegt nämlich auf der Stärkung der Service-Qualität. Ziel ist eine bürgernahe, wirtschaftsfreundliche Verwaltung, die dazu beiträgt, Berlin als lebenswerte und wirtschaftlich starke Metropole zu positionieren. In diesem Zusammenhang hat der Berliner Senat in diesem Jahr die One-Stop-Strategie „One-Stop-City“ beschlossen. Das bedeutet, dass wir zukünftig vier Zugangswege haben werden: persönlich, postalisch, telefonisch und online. Die sollen auf dem jeweiligen aktuellen Stand der Technik ausgebaut werden, und die Service-Angebote sollen so gebündelt werden, dass die Leistungen möglichst schon nach Kontaktaufnahme mit nur einer Verwaltung erhältlich sind.

Beispielhaft für erfolgreiche Projekte aus dem vergangenen Modernisierungsprogramm „ServiceStadt Berlin 2007 bis 2011“ sind z. B. die einheitliche Behördennummer 115, das Termin- und Zeitmanagementsystem der Bürgerämter, die Online-Gewerbeauskunft für Unternehmen, der Einheitliche Ansprechpartner für die Wirtschaft und das Berliner Open-Data-Portal. Bedeutende Projekte aus dem Programm „ServiceStadt Berlin 2016“ der aktuellen Legislaturperiode sind die elektronische Baugenehmigung – also die Beantragung einer Bau-

genehmigung, die vollständig online erfolgen soll –, das Verfahren „Bebauungspläne online“, bei dem sich Bürger und Bürgerinnen online am Bebauungsplanverfahren beteiligen können, das Service-Portal „service.berlin.de“, in dem Leistungen lebenslagenorientiert angeboten werden – in einer späteren Entwicklungsstufe sollen die Antragsprozesse vollständig über das Portal abgewickelt werden –, die Einführung der E-Akte – bis 2016 sollen 50 Prozent der IT-gestützten Arbeitsplätze in der Berliner Verwaltung auf die E-Akte umgestellt sein – und das E-Recruiting. Letzteres ist die Einführung eines landesweiten elektronischen Bewerbungs- und Einstellungsmanagements, damit man nicht mehr – das kennt man ja – in soundsovielter Ausfertigung, von Lebenslauf bis sonst was, alles abschickt, sondern auch das online machen kann.

Es gibt auch eine Grundlage zu diesen Projekten. Diese Grundlage ist insbesondere in den Richtlinien der Regierungspolitik zu finden, die der Regierende Bürgermeister dem Parlament vorgetragen hat und wo beispielsweise auch Auskunft über die verschiedenen Projekte gegeben wird, aber auch über die Zugangswege, die schon damals festgelegt worden sind, und wo sich der Senat auch klar dazu bekannt hat, wie man die Verwaltung weiterentwickeln will, wenn man die Verwaltungsreform im Berlin weiter voranbringen möchte.

Leitbild der Verwaltungsmodernisierung ist dabei dieser Bereich One-Stop-City, von dem ich vorhin schon mal kurz sprach – gemeint ist also eine Verwaltung, die den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen ihre Dienstleistung kompakt über möglichst wenig Verwaltungskontakte anbietet. Die Service-Leistungen der Berliner Verwaltung sollen stärker als bisher in einheitlichen Anlaufstellen gebündelt werden. Dazu ist eine stärkere Ausrichtung an einer Front-/ Back-Office-Struktur notwendig. Man kann es auch anders im Englischen ausdrücken, wenn man bei den englischen Begriffen bleiben will, nämlich mit First-Level and Second-Level. Das wäre praktisch identisch.

Der Staatssekretärsausschuss für Verwaltungsmodernisierung hat am 5. März 2012 die Aufnahme- und Finanzkriterien für Projekt und Vorhaben beschlossen, die im Rahmen des Programms „ServiceStadt Berlin 2016“ verwirklicht werden sollen. Wir werden jetzt gleich noch mal auf die Fragen der Fraktion Bündnis90/Die Grünen eingehen, und deswegen erspare ich mir den Satz zu den Kriterien. Da werden wir ja gleich noch mal zu kommen. Herr Birk! In der betreffenden Senatsvorlage können Sie sich ungefähr auf zweieinhalb Seiten vorbereiten, die wir Ihnen zum Thema Kriterien und Kriterienkatalog für die Projekte vortragen können.

Soweit aber erst mal die Einleitung, Herr Vorsitzender! Ich verweise noch mal auf die rote Nummer, die Sie erhalten haben und wo Sie einen Überblick über die einzelnen Projekte bekommen haben.

Vorsitzender Alexander Morlang: Vielen Dank, Herr Statzkowski! – Herr Birk, bitte!

Thomas Birk (GRÜNE): Ich habe den Abbruch Ihres Vortrages nicht verstanden. Ich dachte, jetzt gehen Sie auf die Fragen ein. Ich möchte das nur ganz kurz erläutern, auch für die Menschen, die dem Audio-Streaming lauschen. Um die Tagesordnung ein bisschen zu beschleunigen, hatten wir verabredet, dass wir – weil wir auch Wert darauf gelegt haben, dass diese rote Nummer hier überhaupt besprochen wird – leitende Fragen einreichen, damit hier das Ganze etwas schneller geht. Das hat meine Fraktion am 19. September getan. Das muss irgendwie – Sie haben es alle, glaube ich, in Kopie bekommen – im Ausschussbüro verloren gegangen

sein. Insofern sind die Fragen leider erst jetzt an Sie gerichtet worden, aber ich glaube wirklich, dass die Fragen im Wesentlichen aus dem Stegreif zum Teil beantwortet werden können müssten, weil es ja vor allem darum ging, welche weiteren Projekte dazugekommen sind, welche Mittel inzwischen verausgabt sind und welche Kriterien gelten. Sie haben ja selber angekündigt, dass Sie das gleich erläutern werden.

Uns ist ganz besonders wichtig: Unter den Projekten, die wohl eingereicht worden sind, ist auch die „Prozessbibliothek“, und das lehnt sich an ein Projekt an, das wir hier seit Langem als Ausschuss gemeinsam fraktionsübergreifend verfolgt haben, nämlich die Standardisierung der Aufgabenerledigung. Nachdem wir jetzt die einheitliche Ämterstruktur haben, sollen da auch Fortschritte erzielt werden, damit es uns nicht noch mal passiert – wie es z. B. bei der Jugendhilfe war –, dass die Softwarefirma, die da entwickeln sollte, nicht nur gescheitert ist, weil sie gescheitert ist, sondern weil sie auch noch gesagt hat: Na ja, wenn man abbilden sollen, dass in jedem Bezirk unterschiedliche Vorgänge, Workflows zu Abläufen der Jugendhilfe und Hilfen zur Erziehung sind, dann ist das natürlich auch sehr schwierig in einem Fachverfahren abzubilden. – Um da Fortschritte zu erzielen, soll eben eine standardisierte Aufgabenerledigung angestrebt werden, und die „Prozessbibliothek“ wäre dazu ein ganz wichtiger Meilenstein. Deswegen wollten wir fragen, warum dieses Projekt in der Liste erst mal als zurückgestellt oder – wir wissen es nicht – abgelehnt dargestellt ist. – So vielleicht die Zusammenfassung der Fragen, und zur Begründung des Beschlussvorschlags kann ich ja später noch mal kommen. Die haben Sie auch alle vorab von uns bekommen.

Vorsitzender Alexander Morlang: Vielen Dank! – Herr Staatssekretär Statzkowski!

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport): Herr Vorsitzender! Herr Birk! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte ganz bewusst erst mal nur eine allgemeine Einleitung geben, und selbstverständlich komme ich auf den Fragenkatalog im Einzelnen zu sprechen.

Wie ist der aktuelle Stand der Ausgaben aus dem Kapitel 0500/ Titel 540 01 und Titel 540 85? – Der beläuft sich bei dem ersten Titel auf 64 000 Euro und beim zweiten auf 83 000 Euro.

Wieso wurde bei den Projekten, das aus 2011 weitergeführt wurden, so gut wie keine Mittel ausgegeben, obwohl es sich hier um keine neuen Projekte gehandelt hat, sondern eine Freigabe möglich gewesen wäre? – Es gab zwei Gründe. Der erste Grund war die vorläufige Haushaltswirtschaft, die eine ganz erheblich Rolle gespielt hat. Und zweitens – das hängt mit dieser ersten Begründung auch teilweise zusammen – ist es natürlich immer die Angelegenheit der federführenden Senatsverwaltung. Das heißt, da müsste man jetzt nachschauen, um welche Projekte es sich handelt und welche Senatsverwaltung, warum auch immer, dann dementsprechend die Mittel dafür auch nicht abgerufen hat.

Sind neben den Projekten, die in der Auflistung auf Seite 2 aufgeführt sind, noch weitere hingekommen? Wenn ja, mit welcher Summe? – Die Antwort ist nein, und dementsprechend brauchen wir auch nicht den zweiten Teil begründen.

Wird es voraussichtlich wieder Restmittel in den beiden Titeln im Jahr 2012 geben, und wenn ja, in welcher Höhe? – Wir gehen davon aus, dass Restmittel übrig bleiben werden. Die Höhe

werden wir Ihnen gerne am Ende des Jahres mitteilen können. Da gibt es jetzt keine Prognose. Es hängt davon ab, wie stark die Beschlüsse der Staatssekretärskonferenz nach Aufhebung der vorläufigen Haushaltswirtschaft bereits umgesetzt werden.

Ist geplant, für Ende März im Abgeordnetenhaus ein mit Projektblättern unterlegten Bericht in der bisher üblichen Qualität von „ServiceStadt Berlin“ vorzulegen? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht? – Nein, es ist nicht vorgesehen. Es handelt sich übrigens auch um eine deutlich reduzierte Zahl von Projekten. Allerdings haben wir vor, zum 31. März – das ist der Stichtag, der uns vorgegeben worden ist – im Rahmen eines Auflagenbeschlusses des Hauptausschusses ausführlich über die Umsetzung im Einzelnen zu berichten.

Ist eine Mitwirkung bei der Freigabe von Mitteln für einzelne Projekte durch den Hauptausschuss auf Empfehlung des Ausschusses für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit vorgesehen, so wie es in der vergangenen Legislaturperiode üblich war? – Die Steuerung erfolgt über den Staatssekretärsausschuss, und ansonsten ist die Frage an den Hauptausschuss zu stellen.

Nach welchen Kriterien wurden Projekte vom Staatssekretärsausschuss aufgenommen, abgelehnt oder zurückgestellt? – Dazu kommen wir gleich. Das ist ein etwas längerer Vortrag.

Warum wurde das Projekt „Prozessbibliothek“ abgelehnt bzw. zurückgestellt? – Ein Punkt war – wir werden das ja gleich noch mal vortragen –, dass der Staatssekretärsausschuss die überregionale – könnte man fast sagen –, die über die jeweilige Senatsverwaltung weit hinausreichende Bedeutung des jeweiligen Projektes in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt hat. Das hat man an der Stelle infrage gestellt, an anderen Stellen auch. Damit kann ich im Prinzip auch gleich die letzte Frage beantworten: Was passiert damit? – Es besteht die Möglichkeit, im Rahmen der Projekte, die nachgemeldet werden können, diese Projekt noch mal anzumelden und darüber noch mal den Versuch einer Finanzierung aus dem Projekt „ServiceStadt Berlin“ zu nehmen oder so, wie wir es bei der „Prozessbibliothek“ vorhaben, eine Finanzierung aus den Mitteln der jeweiligen Senatsverwaltung zu realisieren. „Prozessbibliothek“ betrifft ja Senatsverwaltung für Inneres. Das heißt mit anderen Worten: Wir beabsichtigen, die „Prozessbibliothek“ zu realisieren, aber eben sozusagen mit Bordmitteln der Senatsverwaltung. Damit ist es kein Projekt, wird aber trotzdem realisiert.

Jetzt kommt die Frage der Kriterien. Ich weiß jetzt nicht, wie sehr es mir gelingt, das kurz darzustellen. Es wird etwas schwierig. Aber ich bemühe mich. Formale Kriterien, und zwar aufgeführt nach dem Senatsbeschluss darüber – aus dem zitiere ich jetzt –:

- Nachweis einer eindeutigen Projektstruktur in Anlehnung an Kapitel 3 des Projektmanagementhandbuchs für die Berliner Verwaltung. Projekte, die sich auf die Aufgabenwahrnehmung der Bezirke auswirken, müssen eine klar definierte und abgestimmte Bezirksbeteiligung aufweisen.
- Definition eines Zieldatums und Aufstellung einer darauf abzielenden Meilensteinplanung.

- Aufstellung eines Finanzplans zur Verausgabung beantragter Mittel im laufenden Haushaltsjahr. Die Finanzplanung ist mit der Darstellung der Meilensteine zu koppeln.
- Verpflichtende Teilnahme am webbasierten Berichtswesen zur Darstellung und zum Fortschritt der Projekte und Vorhaben des Modernisierungsprogramms Service-Stadt Berlin.
- Eintrag und Pflege des Eintrags im Projektportal.
- Erwähnung und Einbindung der ServiceStadt Berlin (z. B. des Logos) in offiziellen Projektdokumenten (z. B. Vorlagen für Abghs, Senat, RdB), in Präsentationen und sonstigen Publikationen.
- Bereitschaft, sich inhaltlich an Maßnahmen der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit zu beteiligen, die im Rahmen des Modernisierungsprogramms Service-Stadt Berlin 2016 stattfinden (z. B. durch Projektpräsentationen, Vorträge etc.).
- Projekte, die ausschließlich die Erarbeitung oder Umsetzung von Maßnahmen der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit zum Ziel haben, sind nicht finanziierungsfähig. Davon ausgenommen sind Kommunikationsmaßnahmen, die anteilig im Rahmen von geförderten Projekten umgesetzt werden und dazu dienen, ein im Rahmen des Projektes erarbeitetes Ergebnis zu kommunizieren. Projekte, in deren Rahmen Handbücher, Leitfäden, Handlungshilfen oder dergleichen erarbeitet werden, sind nur dann finanziierungsfähig, wenn sie gleichzeitig Konzepte zur Anwendung, Verteilung und Bekanntmachung dieser Publikationen enthalten.
- Gegenstände der Büro- oder IT-Ausstattung sind über die zentral bereitgestellten Projektmittel in der Regel nicht finanziierungsfähig.

So, das waren die formalen Kriterien.

Jetzt kommen wir zu den inhaltlichen Kriterien:

- Erfüllung der strategischen Ziele: Mit den Richtlinien der Regierungspolitik hat der Senat die strategischen Leitlinien für das Modernisierungsprogramm umrissen. Mit der 'ServiceStadt Berlin 2016' werden diese Vorgaben in den vier strategischen Zielen Transparenz, Partizipation, Bürger- /Wirtschaftsnähe und Effizienz gebündelt. Die Projekte müssen daher wesentlich zur Förderung eines der vier strategischen Ziele beitragen.

Jetzt wird aufgeführt, was unter Bürger- /Wirtschaftsnähe zu verstehen ist und welche Programme es beispielsweise dafür gibt – und das Gleiche für das Ziel Transparenz, für Partizipation und für Effizienz.

Dann ist unter den inhaltlichen Kriterien noch festgehalten:

- die Berücksichtigung der Balanced Scorecard: Die strategischen Ziele Effizienz sowie Bürger-/Wirtschaftsnähe sind auch Zielperspektiven der Balanced Scorecard

(BSC). In Anlehnung an das Konzept der BSC sollen die Projekte deshalb neben den strategischen Zielen auch prüfen, ob die weiteren BSC-Zieldimensionen „Mitarbeiterorientierung“ und „Prozessoptimierung“ für ihr Projekt zutreffen und diese nach Möglichkeit anhand messbarer Indikatoren darstellen. Sind eine oder mehrere der vier Zieldimensionen der Balanced Scorecard nicht Gegenstand des Projekts oder nicht messbar, ist dies zu benennen. Die Wirtschaftlichkeit bzw. die Effizienz ist in jedem Fall ergebnisoffen zu prüfen.

- Zusatzkriterium für E-Government-Projekte / Berücksichtigung der Berliner E-Government-Strategie: Handelt es sich um ein IT- oder E-Government-Projekt, dürfen keine Komponente/n entwickelt oder extern beschafft werden, die bereits zentral im Land Berlin angeboten werden. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der SenInnSport. Das Angebot muss barrierefrei sein. Die Möglichkeit einer Creative Commons-Lizenzierung ist zu prüfen und das Ergebnis ist zu begründen. Das Projekt muss zudem mindestens eines der nachfolgenden Ziele verfolgen, die in der Berliner E-Government-Strategie niedergelegt sind.

Jetzt kommen die Ziele, die inhaltlich damit zu tun haben. Ich trage jetzt mal die Kurzform vor:

- Elektronische Verfahrensabwicklung
- Bündelung und Vereinheitlichung des elektronischen Zugangswegs
- Unterstützung der konventionellen Zugangswege
- Digitalisierung der Verwaltungsprozesse
- Unterstützung des Konzepts Open Government

Dann ist dem Senat noch das folgende inhaltliche Kriterium wichtig:

- Ressortübergreifender Ansatz: Durch Umsetzung des Projektes darf keine ‚Insellösung‘ entstehen. Entweder Beteiligung mehrerer Behörden am Projekt (z. B. Projekt Bürgertelefon 115), oder es ist im Sinne einer gebündelten Aufgabenwahrnehmung bereits Bestandteil des Projekts, dass die Lösung von anderen Behörden genutzt werden soll (z. B. Projekt „eStrasse 2.0“). Hinweis: Bezirksprojekte müssen einen entsprechenden RdB-Beschluss erwirken.
- Für Themen mit zentraler Zuständigkeit einer Landesstelle gilt: Das Projekt muss im Einklang mit landesweiten Bestrebungen stehen und es sollten zuständige Stellen in die Projektstruktur eingebunden werden.
- Für IT-Projekte gilt: Es muss vor Projektbeginn geklärt werden, ob es ggf. bereits vorhandene identische/ähnliche Lösungen oder Parallelentwicklungen gibt. Die spätere Übernahme in die Linienverantwortung sowie ein Geschäfts- und Finanzierungsmodell müssen Bestandteil der Projektplanung sein.

Und dann gibt es noch einen Absatz zum Thema „Verfahren für die Finanzierung von Projekten“. – So weit die Kurzform dessen, was man als Beantwortung der drittletzten Frage ansehen kann.

Vorsitzender Alexander Morlang: Gibt es dazu noch Nachfragen? – Herr Birk!

Thomas Birk (GRÜNE): Fragen gäbe es viele. Aber vor allem danke ich für den Bericht, denn jetzt sind wir im Bilde. Ich hatte gehofft, dass wir durch die Einreichung von Fragen, die jetzt auch schon eigentlich umfassend beantwortet sind, das Ganze abkürzen können, aber den Gefallen kann ich Ihnen leider nicht mehr tun, weil das, was Sie gerade vorgetragen bekommen haben, eigentlich das Ende der Arbeitsweise ist, wie dieser Ausschuss früher gearbeitet hat, nämlich Transparenz gegenüber dem Ausschuss, welche Projekte warum aufgenommen wurden.

Wir haben teilweise sogar die einzelnen Projektträger hier eingeladen – die Bezirke und die Senatsverwaltungen –, wenn wir Zweifel hatten, ob das Projekt sinnvoll ist, und haben dementsprechend dann auch gegenüber dem Hauptausschuss votiert, ob es sinnvoll ist, einzelne

Projekte zu finanzieren oder nicht. Das ist offensichtlich sowieso nicht mehr gewollt. Aber Sie haben eben vorgetragen bekommen, dass es einen ganz ausführlichen Kriterienkatalog gibt, um sich überhaupt ein Projekt aus diesen Fördertöpfen bewilligen zu lassen. Und dementsprechend sind auch alle Daten, die man braucht, um ein Projekt dann weiterzuverfolgen, vom Starttermin an, vorhanden, was wir alle fraktionsübergreifend immer ausdrücklich gelobt haben. Wirklich – ausdrücklich gelobt haben! Wir haben zwar umfangreiche, aber in der Kompaktheit zu den einzelnen Projekten doch sehr knappe und oft in verdichteter Form sehr informative Berichte bekommen – Statusberichte vom ersten Tag sozusagen des Beginns der Projekte bis zum Abschluss.

Die ganzen Dinge wie die Balanced Scorecard, die Meilensteine, die Finanzierung der Zuständigkeiten sind hier in den einzelnen Projekten enthalten gewesen. Wir haben es begrüßt, als Anfang der Legislaturperiode oder in den Haushaltsberatungen vorgetragen wurde, dass man sich dieses Mal auf weniger als diese damals 100 Projekte beschränken möchte und auch die Zielrichtung, die Weiterentwicklung von E-Government, die Vernetzung der Projekte ausrichten möchte auf den E-Government-Bereich. Das haben wir außerordentlich begrüßt.

Jetzt sind es aber offensichtlich nur noch zusammenfassende Berichte, die sich nicht mehr an Projektblättern orientieren, sondern eben so ein allgemeines Berichtswesen, wie wir es aus vielen anderen Bereichen kennen, wo man dann immer viele offene Fragen hat, weil man eben nicht genau die Meilensteine hat, weil man eben nicht genau den Stand der Dinge und die Wirkung nachvollziehen kann und auch nicht den Ausgabenfluss. Solche Berichte werden wir dann bekommen, und wie es scheint, will man aber noch nicht mal darüber hier debattieren, sondern auch dieses dann nur den Hauptausschuss überlassen. Ich vermute mal, ganz profan gesagt, dahinter liegt ein Deal von Frau Flesch und Ihnen, Herr Statzkowski, das hier aus dem Ausschuss rauszuhalten, sodass Sie das dort im Hauptausschuss, wo es viele andere Tagesordnungspunkte gibt, dann schnell abhandeln wollen. Aber auch da kann ich nur sagen – da kenne ich meinen Kollegen Esser gut genug –: Den Gefallen werden wir Ihnen auch nicht tun. Das wird so nicht funktionieren.

Und jetzt noch einmal ganz konkret zu den einzelnen Punkten: Sie haben gesagt, es gebe keine neuen Projekte von der Seite 2. Sie haben aber selber von E-Recruiting gesprochen. Wo ist es dann, wenn es da noch nicht drauf war? Ist es dann hinten in der Liste dabei, und wird es auch finanziert? – Das habe ich selber noch nicht so schnell nachvollzogen.

Ich habe allerdings nicht die Begründung nachvollziehen können, warum Sie die „Prozessbibliothek“ nach hinten gestellt haben und dass Sie das dann aus Inneres irgendwie – aus welchem Titel ist mir noch nicht klar geworden – finanzieren wollen, denn die Zuständigkeit für diesen Bereich ist ja dann eine Querschnittsgeschichte. Da fände ich es doch sehr wichtig, dass allen klar ist, dass das ein innovatives Verwaltungsmodernisierungsprojekt ist und nicht irgendwie miterledigt wird. Außerdem wäre mir auch wichtig zu wissen, wie viel Geld da hineingesteckt wird und wie viel Personal da zuständig ist, denn wenn es ernst gemeint ist, wird das eine sehr umfangreiche Angelegenheit, und soweit ich informiert bin, gibt es dazu eigentlich schon sehr detaillierte Planungen in der Verwaltung. Warum enthalten Sie uns die hier vor? Wenn Sie Gutes tun, dann reden Sie doch bitte auch mit uns darüber, und lassen Sie uns das wissen! Aber so hat man immer den Eindruck, da stimmt irgendetwas nicht, wenn Sie es nur für nötig befinden, das hier so allgemein darzustellen.

Und wie gesagt: Es ist nicht auf den Stand, wie wir es gewohnt waren, und wenn wir so weiterarbeiten, weiß ich wirklich immer nicht, was wir hier denn noch mit diesem Ausschuss machen. Dieser Ausschuss ist für Digitale Verwaltung zuständig, und die Projekte, die hier jetzt drin sein werden in der zukünftigen Agenda ServiceStadt Berlin, sind vor allem digitale Verwaltungsprojekte. Was hindert Sie daran, uns dann hier über das, was Sie wissen, zu berichten?

Ich kann allen nur noch mal empfehlen, den letzten Abschlussbericht dazu anzugucken, weil Sie, Herr Kohlmeier, in unserer letzten Runde sagten: Es wäre eigentlich wichtig, dass sich alle Ausschüsse mit dem Thema beschäftigen und nicht nur wir. – Dieser Bericht bietet die besten Voraussetzung dazu, denn – ich schwöre es Ihnen – kein anderes Thema wurde immer so gut vorbereitet, fachgerecht aufbearbeitet, und ich habe das immer meinen Kollegen in die Fächer gegeben und habe gesagt: Redet in euren Fachausschüsse darüber! So detaillierte Angaben bekommt ihr sonst nie so kompakt. Das ist die beste Voraussetzung, im Fachausschuss darüber zu reden.

Wenn das aber nicht mehr gewollt ist und wenn wir das in dieser Form nicht mehr bekommen, dann wird man auch so nicht mehr über die einzelnen Projekte reden können, und dann macht man das Thema insgesamt tot, und ich verstehe überhaupt nicht, warum. Wir wollten doch jetzt eigentlich richtig durchstarten in Sachen elektronische Akte, E-Government, Online-Bürgerdienste und diesem ganzen Themenkomplex. Eigentlich wird das hier geradezu abgewürgt. Diese Erklärung dazu, Herr Statzkowski, sind Sie mir schuldig geblieben. Es ist nicht so, dass Sie sich damals immer mit dem größten Interesse beteiligt haben, aber Sie haben sich doch an dem Prozess auch der Beratung zu diesen Berichten beteiligt – gerade, wenn es auch Themenkomplexe betraf, an denen Sie besonders interessiert sind. Warum wollten Sie, dass dieser Ausschuss, das nicht mehr in dieser Form kann? Und warum wollen Sie ihm die dazu nötigen Unterlagen vorenthalten?

Jetzt meine allerletzte Frage: Warum ist so wenig Geld ausgegeben? Ich meine, da sind Töpfe, in denen 1,3 Millionen Euro und 1 Komma noch was Millionen Euro drin sind. Wie wollen Sie denn bis Ende des Jahres – das ist ja praktisch herum, denn man muss ja jetzt Dinge in Auftrag geben – diese Mittel verausgaben? Wie wollen Sie denn dazu kommen, aus den bisherigen Ausgaben von 64 000 Euro und 83 000 Euro einen Millionenbetrag zu machen? Arbeit gibt es doch genug. Warum stagniert das so?

Vorsitzender Alexander Morlang: Bevor ich Herrn Statzkowski das Wort gebe: Es handelt sich hier um einen Ausschuss. Wenn er langweilig oder uninteressant ist, dann sollten Sie darüber nachdenken, ob Sie einen anderen Kollegen aus der Fraktion hierherschicken. Aber das hier ist nicht das Plenum, wo man mit Zwischenrufen auffällt und sich maximal profiliert. Wir wollen hier auch noch ein bisschen arbeiten. Und wenn hier unbedingt dazwischen geredet werden muss und unbedingt nebenbei noch Werbeprospekte für Jeans angeguckt werden müssen, kann man vielleicht mal gucken, ob es jemand anderes macht. Aber das ist einfach eine Art und Weise, dem Kollegen Birk Geringschätzung zu kommunizieren, die in keiner Weise angemessen ist. Wenn Sie den Herrn Kollegen Birk trollen wollen, dann tun Sie das auf der Sachebene, und dann tun Sie das gut. Aber bitte disziplinieren Sie sich ein bisschen! Abgesehen davon: Ich bin immer noch hörbehindert, für mich ist das ein echtes Problem. – Deshalb jetzt ein bisschen disziplinierter! Das haben wir auch, aber bei Weitem nicht in dem

Maße bei der CDU. – Und jetzt Herr Statzkowski! – [Daniel Buchholz (SPD): Das ist unangemessen, was Sie hier sagen!] –

Brigitte Lange (SPD): Ich finde, die Art und Weise, uns hier so zu reglementieren, das steht Ihnen nicht zu. – [Oliver Friederici (CDU): Wir haben ja auch gar nicht gesprochen miteinander! – Daniel Buchholz (SPD): Ich wollte gerade sagen: Was soll denn das? Ich werde doch meine Post hier lesen dürfen. Das muss ich doch selbst entscheiden als Abgeordneter! – Weitere Zurufe von der SPD und der CDU] –

Vorsitzender Alexander Morlang: Solange es die Arbeit im Ausschuss nicht stört, greife ich nicht ein. Es hat diese Grenze überschritten – weniger Sie, mehr Ihr Kollege Kohlmeier –, und deshalb habe ich dazu deutliche Worte gesagt. Und jetzt machen wir einfach in der Arbeit weiter, und tatsächlich – [Zurufe von der SPD und der CDU] – ist es unmöglich. Und jetzt gebe ich das Wort an Staatssekretär Statzkowski, der sich hoffentlich mit den Antworten für Herrn Birk befassen kann.

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport): Ich versuche mal, soweit die Fragen hier angekommen sind, in ihrer Klarheit darauf auch Antworten zu geben. Herr Birk! Ich sage es noch mal: Offensichtlich unterliegen Sie da einer Fehleinschätzung, was so unsere Wünsche oder was auch immer angeht. Es ist Sache des Ausschusses, festzulegen, was er diskutiert, was er auf die Tagesordnung nimmt, nicht Sache der Senatsverwaltung. Also mit anderen Worten: Es ist gar nicht unser Bier, dass wir uns Gedanken darüber machen, was hier im Ausschuss behandelt wird und in welcher Form des behandelt wird. Das hängt, mit Verlaub, doch noch von den Fraktionen ab, und selbst die Regierungsfaktionen – wenn ich mir mal erlauben darf, das auch nur eine Sekunde zu erwähnen –, sind mit Sicherheit Manns und Frau genug, selber zu entscheiden, was sie auf die Tagesordnung nehmen, und sind nicht Erfüllungsgehilfen von irgendjemand.

Hinzu kommt: Wir berichten selbstverständlich – habe ich doch dargestellt – dem Hauptausschuss, und ich habe ja gar nicht gesagt, in welcher Form wir berichten. Ich habe nur gesagt, dass wir berichten, und zwar mit dem Datum, das der Hauptausschuss uns vorgegeben hat, und das ist März nächsten Jahres. Dann steht es Ihnen doch selbstverständlich frei, wenn Sie sich in der Sprecherrunde darauf einigen und wenn das als Thema angemeldet ist, das hier auch im Ausschuss zu problematisieren und auch den einzelnen Projekten nachzugehen, vielleicht sogar einzelne Projekte anzumelden. Das ist doch Sache der Fraktionen, das zu tun. Also insoweit verstehe ich Ihre Argumentation, mit Verlaub, nicht. Inwieweit das ein Schwerpunkt dieses Ausschusses ist und welches Thema Sie hier problematisieren, ist Ihre Angelegenheit, nicht unsere. Und insoweit: Wir stehen Rede und Antwort und berichten auch dementsprechend gerne. Das sehen wir nach wie vor als gewährleistet an.

Darüber hinaus wollten wir darauf hinweisen, dass Sie bei der Frage, wie der aktuelle Stand der Ausgaben ist, auf die Ist-Ausgaben Wert gelegt haben. Den haben wir Ihnen genannt. Sie haben nicht gefragt, was für Festlegungen es gibt – also wie viel Mittel darüber hinaus schon festgelegt sind, ohne dass sie verausgabt wurden. Sie haben auch nicht darauf abgehoben, dass die Mittelverausgabung erst seit Juli diesen Jahres praktisch möglich ist und dass deswegen natürlich die Umsetzung der beschlossenen Mittel deutlich zügiger erfolgen muss und wir natürlich auch in ganz anderen Zeitabläufen sind, als wir es in den vorherigen Jahren waren.

Außerdem war für uns unklar, was Sie mit „Auflistung auf Seite 2“ meinen. Wir haben das bezogen auf ein Papier, das darüber Auskunft gab. Wenn Sie Anlage 2 meinen, dann gibt es eine andere Antwort, weil die Projekte der Anlage 2 beschlossen worden sind und dort – das ist jetzt die Beantwortung der nächsten Frage von Ihnen – befindet sich das Projekt „Elektronisches Bewerbungs- und Einstellungsmanagement“ – 110 000 Euro – der Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Mit anderen Worten: Das ist selbstverständlich aufgeführt bei den Projekten, die hier auch zur Realisierung anstehen, aber eben unter der Anlage 2 – so, wie es dem Hauptausschuss auch mit der roten Nummer berichtet worden ist. Insoweit habe ich jetzt bei aller Unterschiedlichkeit unserer Rollen, mit Verlaub, Ihre Einlassung in der Form und in der Schärfe nicht verstanden, weil es auch wirklich nicht der Realität entspricht. Ich unterhalte mich jedenfalls mit Ihnen gerne über diese Projekte.

Vorsitzender Alexander Morlang: Kollege Doering bitte!

Uwe Doering (LINKE): Herr Staatssekretär! Ich glaube, da haben Sie sich jetzt eine falsche Jacke angezogen, denn ich habe den Appell des Kollegen Birk so verstanden, dass sich der Ausschuss mit diesen Fragen befassen soll. Das hatten wir auch schon in der letzten Sprecherunde so beredet, dass Projekte mehr ein Schwerpunkt hier sein sollen, über die wir reden.

Auf die Frage, die an Sie ging, sind Sie nicht konkret eingegangen. Was mich aber interessiert, ist, dass der Kollege Birk darauf hingewiesen hat, dass wir in der Vergangenheit hier mit konkreten Projektvorlagen und mit Projektlisten gearbeitet haben, und er jetzt angenommen hat, dass wir mit solchen Vorlagen zukünftig nicht mehr zu rechnen haben. Jetzt haben Sie auch nur gesagt, wir werden mit Vorlagen für den Hauptausschuss arbeiten, aber wie diese aussehen sollen – ob dass die bewährte alte Form ist oder ob es eine neue Methodik sein wird –, das blieb jetzt noch ein bisschen offen. Jetzt nicken Sie schon, dann bekommen wir wahrscheinlich gleich eine Antwort darauf.

Zu der Vorlage, jetzt konkret zu der roten Nummer: Wenn ich das richtig verstanden habe, weil ich auch neu in diesem Ausschuss bin, enthält die Anlage 1 in der Vorlage die Projekte aus der letzten Wahlperiode. Wenn dem so ist, wäre meine Frage: Da sind Projekte drin, die noch 2012 finanziert werden. Da ist der Punkt: Werden die zum Abschluss gebracht, und wenn nein, werden auch Finanzierungen ins nächste Jahr rüber gebracht?

Ganz konkret habe ich zu einem Projekt in der Anlage 1 ein Frage, und zwar zur Nr. 5. Da geht es um das „Elektronische Baugenehmigungsverfahren“. Da kann man der Liste entnehmen, dass daran seit 2008 gearbeitet wird, auch mit Finanzierung. Also, das ist schon ein langer Zeitraum – 5 Jahre –, und da wäre meine Frage: Wie ist der Stand des Projektes, und wann kann man mit einem Abschluss rechnen?

Bezogen auf die Anlage 2: Unter Punkt 2 „LABO – Projekteinführung der Online-Melderegisterauskunft“ steht in der Erläuterung: Projekte, die grau unterlegt sind, werden abgelehnt bzw. zurückgestellt. – Es ist aber so, dass wir in der Beantwortung einer Mündlichen Anfrage gelesen haben, dass diese Melderegisterauskunft bereits eingeführt ist. Gibt es da einen Widerspruch? Wie ist das zu erklären?

Abschließende Frage, die auch bei dem Kollegen Birk eine Rolle gespielt hat, wenn ich das richtig verfolgt habe: Warum ist in der Anlage 2 die bisherige Systematik – also die Num-

mern der Projektliste beispielsweise – verändert worden? Da haben wir es unheimlich schwer gehabt, mal zurückzuverfolgen und eine Vergleichbarkeit herzustellen. Warum ist jetzt diese Systematik verändert worden?

Vorsitzender Alexander Morlang: Kollege Weiß – bitte!

Dr. Simon Weiß (PIRATEN): Vielleicht ist es auch ein Missverständnis. Sie haben jetzt gesagt, sie hätten gesagt, dass es einen Bericht an den Hauptausschuss geben würde, aber dass Sie nicht gesagt hätten, welche Form dieser Bericht haben würde. Ich hatte Ihre Antwort vorhin so verstanden, dass Sie gesagt haben, dass er eben nicht die Form, die er vorher hatte – also die in der letzten Legislaturperiode –, annehmen wird. Wenn das nicht der Fall ist, dann ist das natürlich ein anderes Thema.

Ich kann das, was Herr Birk gesagt hat, sehr gut verstehen. Sie haben dieses Berichtswesen auch angesprochen. Wenn ich das richtig verstanden haben – in diesem webbasierten Projekt-Portal, das dann allerdings im Verwaltungsnetz stattfinden wird –, heißt das: Es gibt ja strukturierte und detaillierte Informationen zu den einzelnen Projekten und auch eine laufende Information darüber, wie der Fortschritt ist. An der Stelle drängt sich für mich die Frage auf: Wenn es das alles gibt und wenn das alles schon in aufbereiteter Form da ist, warum ist es nicht einfach öffentlich? Oder warum wird es nicht zumindest für uns zur Verfügung gestellt? Da würde mich doch tatsächlich mal eine konkrete Antwort interessieren.

Vorsitzender Alexander Morlang: Herr Kollege Kohlmeier!

Sven Kohlmeier (SPD): Herzlichen Dank, Herr Ausschussvorsitzender! – Zunächst zu dem, was Sie eben eingewandt haben und hier bei Twitter auch gepostet haben: Da schreiben Sie um 16.42 Uhr: Kollege Kohlmeier scheint sein Gestöre auch noch witzig zu finden. Jetzt empört er sich.

Vorsitzender Alexander Morlang: Entschuldigen Sie, das ist – –

Sven Kohlmeier (SPD): Herr Vorsitzender, ich habe das Wort, bitte schön! Oder?

Vorsitzender Alexander Morlang: Ich kann Ihnen das auch jederzeit entziehen. Aber es wäre schön, wenn wir uns mit diesem Punkt beschäftigten. Wir können das dann unter Verschiedenes abhandeln.

Sven Kohlmeier (SPD): Lieber Herr Vorsitzender! Sie verbieten mir nicht das Wort! Ich darf jetzt reden, und ich stehe jetzt auf der Rednerliste. Oder? – Danke!

Vorsitzender Alexander Morlang: Ich kann Ihnen das Wort jederzeit entziehen. Das ist mein Job hier, und ich biete Ihnen an, dass wir dieses Thema unter Verschiedenes abhandeln.

Sven Kohlmeier (SPD): Nein, nein!

Vorsitzender Alexander Morlang: Wenn Sie nichts zur Sache beizutragen haben!

Sven Kohlmeier (SPD): Ich bin jetzt aufgerufen worden. Lieber Herr Vorsitzender! Ich bin jetzt aufgerufen worden und darf jetzt was sagen. Richtig?

Vorsitzender Alexander Morlang: Sie dürfen zum aktuellen Tagesordnungspunkt etwas sagen. Wenn es nicht zum aktuellen Tagesordnungspunkt ist, dann werde ich Sie zur Sache rufen, und wenn ich das dreimal gemacht habe, dann kann ich Ihnen für diesen Tagesordnungspunkt das Wort entziehen. – Also, sprechen Sie jetzt bitte zum Tagesordnungspunkt!

Sven Kohlmeier (SPD): Vielleicht kann Frau Windolf mal kurz dem Kollegen Ausschussvorsitzenden sagen, wann er mich hier rügen kann und wann er mir das Wort verbieten kann. Dürfte für die weitere Diskussion vielleicht ein bisschen hilfreich sein.

Dann beantrage ich zweitens das Wortprotokoll, und zwar von der heutigen Sitzung bis zu dem Zeitpunkt, wo Herr Doering gesprochen hat. Das ist ja entsprechend aufgezeichnet worden. Kollege Statzkowski hatte schon gesprochen. Es geht einfach um den Fakt herum, dass wir mal feststellen wollen, wer hier was gesagt hat. Denn ich lasse mich nicht von Ihnen, Herr Ausschussvorsitzender, im Internet beschimpfen, dass ich mich hier empört hätte, und der erste Wortbeitrag, der heute von mir kommt, ist jetzt. Vorher habe ich nichts dazu gesagt. Wenn Sie hier einzelne Kollegen für ihr Verhalten im Ausschuss rügen wollen, dann sprechen Sie die Kollegen entsprechend an! Sie haben alle einen Namen, und dann kann man entsprechend herausfinden und qualifizieren, wer der Kollege ist, den Sie hier für sein Verhalten rügen wollen, weil er hier Jeans-Post oder sonst irgendetwas liest. Ansonsten finde ich es relativ unredlich, hier irgend solche Sachen in den Raum zu stellen.

Zu dem Antrag selbst: Wir haben einen Beschlussvorschlag des Hauptausschusses. Unsere Aufgabe ist, sich damit zu befassen, ob wir dem Beschlussvorschlag des Hauptausschusses entsprechend Folge tragen wollen oder nicht. Dazu gibt es einen Änderungsantrag des Kollegen Birk, der schon einige Zeit vorliegt. Kollege Birk! Ich habe zugegebenermaßen – das mag jetzt aber an der Darstellung liegen – schon Schwierigkeiten zu verstehen, was Sie wollen. Wir haben versucht, uns das im Vorfeld herzuleiten. Das liegt vielleicht auch daran, dass es ein bisschen schwierig formuliert ist. Vielleicht fehlt da auch ein Verb oder so, damit klar ist, was Sie jetzt wollen. Wir vermuten, dass es darum geht, dass Sie wie in den letzten fünf Jahren auch, die Projektblätter der jeweiligen Projekte haben wollen, um anhand dessen nachvollziehen zu können, welche Ausgaben bisher getätigt worden sind und welche Ausgaben dann entsprechend noch getätigt werden sollen, um dann quasi ampelphasenmäßig feststellen zu können, wie weit die Projekte gediehen und wie weit die Projekte nicht gediehen sind. Herr Birk! Vielleicht können Sie noch mal kurz sagen, ob es das ist, was Sie entsprechend wollen.

Ich glaube, dass Sie mit dem vorgelegten Antrag das Ziel nicht erreichen werden. Der Senat, wenn es da konkrete Nachfragen gibt, steht ja jederzeit bereit, um hier Fragen zu einzelnen Projekten zu beantworten. Wir haben uns zu der von Ihnen angesprochenen Sitzung auch dazu verständigt, dass die Projekte in den jeweiligen Fachausschüssen besprochen werden können, und ich glaube, dass es richtig ist, dass man da, wenn es Nachfragen gibt, den Senat auch fragt und den Senat im Zweifel auch quält, darzulegen, wie der Stand bei einzelnen IT-Projekten ist. Den Senat aber zum jetzigen Zeitpunkt zu beauftragen, eine Fülle von Papieren zum Stand von einzelnen Projekten herzustellen, halte ich nicht für zielführend.

Ich würde vorschlagen, dass wir dem federführenden Hauptausschuss hier zu der roten Nummer 563 empfehlen, dass der Beschluss so, wie vorgeschlagen, im Hauptausschuss gefasst wird, und dass wir uns dann rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen, also im nächsten Jahr, noch mal die Projekte anschauen und konkret aufrufen, wo Sie sagen, dass Sie entsprechende Projektblätter haben wollen. Oder eigentlich wollen Sie ja so ein Ampelsystem haben, um zu sehen, wie der Abarbeitungsstand dieser Projekte ist. Dieses pauschale Kapitel-und-Titel-Heraussuchen und da entsprechend eine Anforderung zu machen – das halte ich für wenig zielführend. Deshalb würden wir den Beschlussvorschlag der Grünen ablehnen.

Vorsitzender Alexander Morlang: Wir haben einen Antrag zur Geschäftsordnung, nämlich ein Wortprotokoll anzufertigen. Das können wir natürlich nicht einfach so bis 16.50 Uhr machen, sondern wir können es für diesen einen Tagesordnungspunkt oder für die ganze Sitzung machen. An dieser Stelle möchte ich Herrn Kohlmeier bitten, zu spezifizieren, welchen Geschäftsordnungsantrag er stellen möchte.

Sven Kohlmeier (SPD): Herr Kohlmeier stellt den Antrag, von der kompletten Sitzung seit Anbeginn bis zum Ende des Tagesordnungspunktes 2 ein Wortprotokoll anzufertigen.

Vorsitzender Alexander Morlang: Wunderbar! Gibt es da Widerspruch? – Es gibt keinen Widerspruch! Dann verfahren wir so. – [Zurufe von Uwe Doering (LINKE)] – Herr Birk, bitte!

Thomas Birk (GRÜNE): Ich kann für meine Person nur sagen, dass ich meine Arbeit darauf konzentriere, mich hier mit Wortbeiträgen einzubringen, und die Twitterei überlasse ich anderen. Ich finde, das ist jetzt auch nicht gerade das Thema, was uns hier nach vorne bringt.

Ich glaube, hier sind ein paar Missverständnisse im Raum. Herr Kohlmeier! Es geht mir nicht darum, irgendwie und irgendwo eine Ampel zu machen. Es geht mir darum, das Berichtswesen zu erhalten, was wir nicht erst seit ServiceStadt Berlin haben. Das Vorprogramm hieß „Agenda 2006“. Wir befinden uns hier also seit über zehn Jahren in einem Berichtswesen, was vorbildlich ist und was ich immer und immer wieder als vorbildlich für andere Ausschüsse zitiert habe, weil es einfach wirklich toll ist, wenn man weiß: Wie sieht das Projekt genau aus? Wer ist zuständig? Wie viel Geld ist da drin? Wie sehen die Meilensteine aus? Wie ist die Balanced Scorecard? Was soll überhaupt damit bezweckt werden? Wie ist der aktuelle Umsetzungsstand? – Und dazu eine Schlussbewertung mit einer Ampel! Das war der Standard, den wir hier seit über zehn Jahren bekommen haben, und den möchte ich weiter haben.

Wenn wir dahinter zurückfallen, dann können wir hier diesen Ausschuss auch dichtmachen, denn das ist der Stand, den sich Berlin hart erarbeitet hat. Keines dieser Projekte, das im Staatssekretärsausschuss bewilligt worden ist, wäre möglicherweise ohne solche Projektblätter überhaupt bewilligt worden, denn die sehr detaillierten Kriterien sind ja vorgelesen worden. Das ist das, was ich eben benannt habe.

Mein Antrag besagt nichts anderes, als dass wir, bevor wir im März den ersten Bericht bekommen, der – wie ich noch bis heute die Hoffnung hatte – diesen Standard haben wird, aber wie ich den ersten Ausführungen von Herrn Statzkowski entnehme, wenn ich ihn nicht missverstanden haben, diesen Standard nicht mehr haben wird – – Bis wir den ersten Bericht bekommen, der ja den Stand Ende 2012 – 31. Dezember 2012 – darlegen wird, soll uns und

auch dem Hauptausschuss vorher so schnell wie möglich – der Antrag war ja nun letztes Mal geschrieben, wir gehen davon aus, das ist bis zum 31. Oktober 2012 noch möglich – ein aktueller Stand der Projekte gegeben werden. Das betrifft die, die schon laufen – da gibt es ja schon fortlaufende Projektblätter, die noch weit in den Anfang des Jahres hineinreichen, wie der letzte Bericht, den ich Ihnen eben gegeben habe, der stammt ja vom August letzten Jahres –, also den Fortlauf der bisherigen Projekte, und es betrifft die neu eingerichteten Projekte.

Bei vielen werden nur Projektblätter drin sein, wo eben noch nicht der genaue Verlauf drin ist, aber dann hat man wenigstens die Balanced Scorecard drin und die Ziele und die Zuständigkeit und die Finanzsumme, die dafür vorgesehen ist. Im weiteren Verlauf wird man dann hoffentlich auch Meilensteine bekommen, zumindest bis zum Ende des Jahres, die uns dann im März vorgelegt werden. Wir möchten das zu diesem Zeitpunkt haben, Ende Oktober, damit dieser Ausschuss und auch der Hauptausschuss überhaupt noch die Chance erhält, bevor die Projekte alle am Laufen sind, noch zu sagen: Aber hallo! Vielleicht ist hier mal ein Projekt ein bisschen zu hoch etatisiert, oder es ist vielleicht nicht unbedingt sinnvoll, oder ein anderes Projekt, was wir hier in der Liste gefunden haben, würden wir vielleicht lieber aufnehmen.

Und wenn schon so wenig Geld ausgegeben worden sind, kann ich natürlich noch mal nachfragen, wie viel denn projektiert ist. Das wäre ja alles in diesen Blättern drin gewesen. Aber man muss jetzt alles einzeln nachfragen. Das war nicht der Standard, den wir früher hatten. Aber wenn wir dann tatsächlich noch die Liste bekämen, dann würde sich wahrscheinlich herausstellen, dass dieses Jahr die Mittel nicht ausgeschöpft werden. Dann frage ich noch mal: Warum ist so ein wichtiges Projekt wie die „Prozessbibliothek“ zurückgestellt worden?

Dann ist es halt so, dass wir hier eigentlich das Controlling dieser Projekte immer durchgeführt haben. Wir haben die Mittel dafür in den Haushalt eingestellt, damit wir diese Projekte gesondert controllen können. Wenn das nicht mehr gewünscht ist, dann soll die Koalition das aber auch klar sagen. Dann müssen wir uns hier darüber unterhalten, was wir eigentlich noch mit diesem Ausschuss machen und was wir mit dem Projekt „ServiceStadt Berlin“ machen. Dann lassen wir es nur innerhalb der Verwaltung, dann befassen wir uns nicht mehr damit. Dann möchte ich aber auch hier nicht zu jedem einzelnen Projekt gezielt noch mal nachfragen müssen, damit mir die Verwaltung irgendwie informell die Information zusammensucht, wie es zurzeit der Fall ist. Das ist nicht mein Arbeitsstil und nicht unser Arbeitsstil. Wir wollen hier eine Transparenz. Wozu Open-Data, wenn das, was wirklich vorbildlich gemacht wird, noch nicht einmal ins Netz gestellt oder uns zur Verfügung gestellt wird? Warum? Mir ist diese ganze Arbeitsweise nicht erkenntlich.

Es liegt wohl daran, dass dieses Controlling nicht gewollt ist, und das, was da vielleicht auszuhandeln ist, soll dann offensichtlich zwischen den eingeweihten Personen – und ich habe es vorhin benannt, welche ich da sehe – ausgedealt werden, und wir hier bleiben alle außen vor. Aber ich kann nur sagen: Das wird nicht funktionieren. Da machen wir dann eben hier Quäleien und setzen jedes einzelne Projekt mit Besprechungspunkt auf die Tagesordnung. Dann können wir hier Sitzungsverlängerung beantragen ohne Ende. Aber das möchte ich alles nicht. Ich möchte nur gezielt zu den Projekten, die uns wirklich hier interessieren sollen, die man anhand der Liste in den Projektblättern dann sehen kann, gezielte Nachfragen stellen, die die Verwaltung auch weiterbringen, und nicht hier den Laden mit dieser Art – Mich stört das

auch, dass ich jetzt so wütend bin, aber es ist wirklich so, dass ich das Gefühl habe, wir sollen hier vom Arbeiten abgehalten werden, und mir ist der Grund nicht ersichtlich.

Vorsitzender Alexander Morlang: Herr Friederici – bitte!

Oliver Friederici (CDU): Ich mache es nur ganz kurz, um Sie mal wieder etwas herunterzuholen. Herr Birk! Auch uns stört es ein bisschen, dass Sie ein bisschen laut sind. Es wird nicht dadurch energischer oder dramatischer, wenn Sie es lauter erzählen. Das hat Ihr Kollege, Herr Lux, ja heute schon im Innenausschuss versucht – eine Skandalisierung, Polemisierung. Jetzt wollen wir mal wieder auf die grundsätzlichen Sachen zurückkommen.

Herr Kohlmeier hat Ihnen einen wunderbaren Kompromiss vorgeschlagen. Den haben Sie sicher auch verstanden. Aber es ist klar, dass Sie dagegen sind. Ich will es noch einmal wiederholen: Der Hauptausschuss und auch wir hier in diesem Ausschuss wollen doch nichts unter den Tisch kehren. Alles das, was Sie fragen, wird weiterhin beantwortet. Sie sind wahrscheinlich auch jetzt sauer, weil die Fragen, die Sie vorhin gestellt haben – zum Gesamtkomplex –, nicht rechtzeitig beantwortet werden konnten, weil das irgendwo hier im Verfahrensgang schiefgelaufen ist. Ich kann nur vorschlagen, im Zweifel schickt man direkt an Staatssekretär Statzkowski noch eine E-Mail in CC-Kopie, dann geht es vielleicht doch schneller, und dann erreicht es einen auch. Aber vielleicht sollte man sich jetzt ein bisschen beruhigen und auf das Grundthema zurückkommen.

Im Hauptausschuss wird das ja auch nicht im luftleeren Raum beraten. Auch dort gibt es eine Vielzahl von fachkompetenten Kollegen Ihrer Fraktion wie auch anderer Fraktionen, und Sie könnten dort auch als Gast, wenn es Sie ganz doll bedrückt, die Fragen stellen. Aber ich finde, zu einem effizienten Arbeitsverfahren gehört es auch, dass man sich neuen Arbeitsprozessen nicht verschließt, und nichts anderes passiert doch hier. Sie bekommen eine Übersicht, Sie bekommen auf Fragen Antworten, Sie bekommen auch zu den Vorgängen über den Mitteleinsatz, die Umsetzung und die Wirkung Berichte. Also ich denke, nun wollen wir mal die Kirche im Dorf lassen. Es findet doch jetzt hier nicht die Abschaffung des Abendlandes statt. Es findet nur eine andere Art der Arbeitsweise statt, und nun wollen wir es doch erst einmal probieren, und dann sehen wir weiter, ob es nun wirklich dazu führt, dass hier völlig die IT-Wirtschaft zusammenbricht, was ja wohl mitnichten der Fall sein wird.

Vorsitzender Alexander Morlang: Herr Statzkowski – bitte!

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport): Fangen wir mal bei dem Thema „Prozessbibliothek“ an. Es sind ja mehrere Detailfragen gewesen. Also auch da verstehe ich jetzt nicht so ganz die Aufregung. Wir hatten doch gesagt, wir werden es realisieren, nur nicht als Projekt von „ServiceStadt Berlin“, sondern als Projekt der Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Herr Birk! Wenn Sie daran so ein Interesse haben – und es ist auch schön, festzustellen, dass wir da offensichtlich die gleiche Auffassung haben, im Inhaltlichen –, dann können Sie das gerne hier anmelden, und dann werden wir uns darüber zu unterhalten haben. Also insoweit habe ich Ihre Einlassung, mit Verlaub, nicht verstanden. Nur weil es formal nicht Teil von „ServiceStadt Berlin ist! Worüber unterhalten wir uns hier eigentlich – über Formalien? Wir müssen uns doch wohl bitte über Inhalte verständigen, und inhaltlich wird dieses Projekt in der Form realisiert.

Das gleiche bei dem LABO-Projekt: Ein Kriterium war, dass die zentrale Aufgabe für die Senatsverwaltung im Vordergrund stehen sollte. Der Staatssekretärsausschuss war der Auffassung, dass dieses Projekt dieses Kriterium nicht in Gänze erfüllt. So! Das LABO wird jetzt – übrigens haben wir das dem Hauptausschuss im Rahmen der Haushaltsberatung auch berichtet – dieses Projekt aus eigener Kraft realisieren. Das heißt, man wird eigene Mittel neh-

men und das dann machen, so wie die Senatsinnenverwaltung bei der Prozessbibliothek. Das heißt, auch dieses Projekt ist realisiert, wird realisiert, und insoweit sind auch Ihre Einlassung an der Stelle ein Stück weit unverständlich. Es kann uns doch als Ausschuss nicht darum gehen, uns hier über die Formalie zu unterhalten, ob das Teil des Gesamtprogramms ist oder nicht. Nein! Entscheidend ist doch, dass für den Bürger draußen etwas passiert, und das ist sichergestellt, und das wird auch weiter sichergestellt. Herr Rienauß wird jetzt gleich noch mal etwas zu den Baugenehmigungen sagen.

Ich will mich noch mal äußern zum Thema „Bericht und Transparenz“. Bisher war es nicht üblich, dass wir diese Projekte der „ServiceStadt Berlin“ ins Netz gestellt haben, aber wir haben auch gar kein Problem damit und werden das veranlassen, gerade um Ihnen zu zeigen, Herr Weiß, dass Sie aber wirklich so was von inhaltlich neben der Spur mit Ihrer Bemerkung waren, denn, mit Verlaub, der Berliner Senat hat hier nichts zu verbergen, sondern wir halten es für wichtig und notwendig, dass die Berliner Verwaltung vorankommt, und haben damit überhaupt keine Schwierigkeit. Ich bin gespannt – das würde mich im Nachhinein mal interessieren –, wie viele Hunderttausende von Berlinern und Berlinerinnen sich darüber informiert haben und sich da einbringen. Ich würde mich freuen, wenn es möglichst viele sind. Aber das werden wir am Ende vielleicht sehen, wie weit das tatsächlich auch im Einzelnen der Fall gewesen ist.

Dann zu der anderen Frage: Ich habe wahrheitsgemäß berichtet, es gibt einen Auflagenbeschluss des Hauptausschusses zum 31. März. Da werden wir dementsprechend berichten. Ich habe gesagt, dass wir zwar nicht vorhaben, Projektblätter anzulegen, aber ich habe deutlich gemacht, dass wir ausführlich über die Projekte und deren Umsetzung berichten werden. Das heißt, wir unterhalten uns wieder mal nur über Formalien, nicht über Inhalte. Entscheidend ist doch, dass ein Bericht erfolgt, und wenn dieser Bericht vorliegt, dann haben Sie ja auch gerne die Möglichkeit, den Berliner Senat zu kritisieren oder auch Vorschläge zu machen, wie man es aus Ihrer Sicht anders und besser machen kann. Es ist das Vorrecht insbesondere der Opposition, dies zu tun. Insoweit sollten Sie doch bitte bis dahin jetzt erst einmal abwarten und mal schauen, welche Berichtsform wir gewählt haben. Vielleicht sind wir ja sogar dazu in der Lage, Sie positiv zu überraschen, und wenn nicht, dann können wir uns gerne zu dem Zeitpunkt dann darüber auch auseinandersetzen.

Herr Birk! Eins ist klar: Ihre Wünsche sind von Ihrer Seite artikuliert worden, und unabhängig von Beschlüssen, die der Ausschuss so oder so trifft, ist hier klar geworden, was die Fraktion Bündnis90/Die Grünen an der Stelle wünscht. – Jetzt würde ich, Herr Vorsitzender, darum bitten, dass Herr Rienauß noch mal etwas zu der Frage „Baugenehmigung“ sagen kann.

Vorsitzender Alexander Morlang: Sehr gerne!

Udo Rienauß (SenInnSport): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Döring! Es ist in Tat so: Das elektronische Baugenehmigungsverfahren ist ein Verfahren, das schon seit längerer Zeit entwickelt wurde, wie es auch in einigen Teilen tatsächlich auch schon – davon konnte sich der Ausschuss in der letzten Legislaturperiode überzeugen – funktioniert und läuft.

Hier geht es um ein weiteres Modul, nämlich die Integration des Formular-Service, um durchgängig diesen Prozess medienbruchfrei zu gestalten. Das war nicht früher möglich, weil

dieser Formular-Service natürlich aufbaut auf den Standardformular-Service, den wir im Land Berlin in zwei Formen anbieten werden, nämlich einerseits aus der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie und anderseits aus der grundsätzlichen E-Government-Suite des ITDZ. Hier ist es eine Integration aus dem Bereich EU-Dienstleistungs-Service, sodass vorhandene Dinge genutzt werden können, aber eben integriert werden müssen, und das kostet auch noch Geld. So weit ist das kein „Stehen bleiben“, sondern eine Weiterentwicklung.

Vorsitzender Alexander Morlang: Vielen Dank! – Jetzt hat Herr Gelhaar das Wort.

Stefan Gelhaar (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich wollte bloß noch mal darauf hinweisen, woher der Unmut kommt, und das vielleicht noch ein bisschen erklären. Es ist einfach so, dass man, wenn man eine gute Vorlage bekommt, gezielt Fragen stellen kann, einzelne Fragen, die vielleicht ein Problem – was keins ist, was eins ist – beleuchten sollen, wo man dann sehr konkret zur Sache reden kann. Oder man bekommt einen Bericht, der quasi das System „Blackbox“ beinhaltet. Dann muss man mit Rundumschlagfragen arbeiten. Das heißt, man stellt dann ganz viele Fragen, und das zieht diese Sache dann in die Länge. Man muss sich als Abgeordneter dann mit sehr vielen kleinen Anfragen den Sachverhalt überhaupt erst erarbeiten.

Es ist quasi die Umkehrung von Hol- und Bringschuld, wer jetzt was zu machen hat. Es war bislang anscheinend hier im Ausschuss Brauch, dass der Senat bzw. die Senatsverwaltung in die Vorlage gegangen ist und selbst ein Stück weit vielleicht auch Rechenschaft abgelegt hat, vielleicht auch dargestellt hat, was Gutes passiert ist, wie der Stand ist, und dann haben wir im Ausschuss nur noch einzelne Punkte herausgezogen. Wenn das quasi jetzt umgekehrt werden soll! Na gut, das wird wahrscheinlich dann mit der Mehrheit hier im Ausschuss auch verhindert werden können, allerdings gibt es auch verbrieft Rechte der Abgeordneten, die nicht verhindert werden können. Und ich finde eigentlich, dass es auch – so habe ich es zumindest verstanden – das Anliegen dieses Ausschusses und auch der Senatsverwaltung sein kann und sein muss, hier darzustellen, wo wir wie weit sind, und wo wir dann als Abgeordnete auch noch mal sagen müssen: Das finden wir nicht in Ordnung, da wollen wir tiefer reinschauen. – Wir wollen als Abgeordnete gar nicht die Verwaltung irgendwie unter Generalverdacht oder ähnliches stellen, sondern wir wollen produktiv mitarbeiten, und das wird jetzt hier einfach durch das avisierte Vorgehen deutlich erschwert.

Vorsitzender Alexander Morlang: Herr Döring!

Uwe Doering (LINKE): Herr Staatssekretär! Ich habe jetzt Ihre Ausführungen zu LABO – weil ich vorhin eine Frage gestellt habe – überhaupt nicht verstanden. Ich sage es mal so: Ich finde hier eine dürftige Vorlage, diese schöne rote Nummer mit zwei Anlagen, und da steht bei LABO – grau unterlegt – : Die grau unterlegten Projekte wurden vom Staatssekretärsausschuss abgelehnt bzw. zurückgestellt. – Daraus schließe ich, es spielt bei Ihnen keine Rolle mehr. – [Zurufe] – Das steht hier so. Deshalb frage ich ja, weil ich es mir überhaupt nicht vorstellen konnte. Ich kenne die Beantwortung einer Kleinen Anfrage, wo drinsteht, wie wichtig das ist. Deshalb habe ich gefragt, wie das hier zu verstehen ist. Das war überhaupt nicht böse gemeint. Es war auch kein Formalkram, sondern das war tatsächlich inhaltlich gemeint.

Um noch mal zu der Frage zu dem elektronischen Baugenehmigungsverfahren zurückzukommen – da wollte ich noch mal kurz wissen: Wann wird das Verfahren abgeschlossen sein – vom Zeitpunkt her? Ist da schon etwas erkennbar?

Vorsitzender Alexander Morlang: Gut! – Herr Statzkowski!

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport): Zur letzten Frage würde ich Herrn Rieß das Wort geben, wobei ich nicht ganz sicher bin, ob wir da sprachfähig sind, weil wir da nicht federführend sind, sondern SenStadtUm ist federführend. Entweder müssten wir das auf die Tagesordnung setzen und dann einen Vertreter der Verwaltung mit einladen, oder es müsste in dem betreffenden Fachausschuss auf die Tagesordnung gesetzt werden. Beides ist grundsätzlich möglich. – [Uwe Doering (LINKE): Wir fragen im Fachausschuss!] – Okay!

Noch mal zum Thema LABO: Ich versuche es noch einmal langsam zu erklären, wobei es eigentlich ganz einfach ist. Es sind viele Projekt zu „ServiceStadt Berlin“ angemeldet worden, von denen nicht alle vom Staatssekretärsausschuss angenommen worden sind. Das heißt, nicht alle Projekte werden über das Programm „ServiceStadt Berlin“ finanziert – aus den Haushaltstiteln finanziert –, das heißt aber nicht, dass die abgelehnten Projekt nicht realisiert werden, sondern jetzt ist jede einzelne Behörde für sich in der Verantwortung zu prüfen, ob sie das Projekt, wenn sie es denn für wichtig empfindet, trotzdem realisiert, aber mit eigenen Mitteln. Genau das ist beim LABO passiert, und genau das ist bei der „Prozessbibliothek“ passiert. Wir haben für uns bewertet, wir wollen das – aus guter Überzeugung –, und werden das dementsprechend jetzt mit eigenen Mitteln realisieren. Das Gleiche ist beim LABO passiert.

Das heißt mit anderen Worten: Es geht nicht um eine generelle Ablehnung des Projekts, weil es inhaltlich nicht gut ist, sondern es geht eigentlich nur um eine Ablehnung der Finanzierung aus diesem Topf – um nichts anderes –, sodass es jetzt einfach aus anderen Mitteln heraus finanziert wird. Und damit gehört es, formal gesehen, nicht mehr zu dem Programm „ServiceStadt Berlin“. Das heißt aber nicht, dass man sich nicht trotzdem mit dem Thema auseinandersetzt und es nicht trotzdem realisiert. Ich hoffe, dass das jetzt klarer geworden ist.

Vorsitzender Alexander Morlang: Herr Weiß!

Dr. Simon Weiß (PIRATEN): Herr Statzkowski! Weil Sie gerade gesagt haben, meine Bemerkung sei sehr neben der Spur gewesen, möchte ich noch mal klarstellen, dass es nicht meine Absicht war, Sie durch irgendeine Bemerkung oder Unterstellung zu provozieren. Das tut mir auch leid, wenn das so angekommen ist. Ich habe tatsächlich – meinem Verständnis nach – einfach nur eine Frage gestellt, und zwar, ob es möglich ist, dieses Projektportal und das angeschlossene Berichtswesen auch öffentlich zur Verfügung zu stellen. Die Frage haben Sie, wenn ich Sie richtig verstanden habe, so beantwortet, dass nichts dagegen spricht und dass Sie das tun werden. Ich bin mit der Antwort an der Stelle auch zufrieden.

Vorsitzender Alexander Morlang: Gut! Wir haben auf der Redeliste noch Herrn Birk. Ich sehe da niemand weiter. Das heißt, wir würden danach über die Stellungnahme abstimmen. – Herr Birk!

Thomas Birk (GRÜNE): Wenn Sie sich alle die Anlage 2 angucken oder auch die Anlage 1, dann werden Sie sehen, dass es da auch Projekte gibt, die mit null Euro etatisiert sind, aber trotzdem ein Teil von „ServiceStadt Berlin“ sind. Jetzt einfach noch mal auch zum allgemeinen Verständnis für alle: Das heißt, es gibt nach wie vor, wie es auch in der Vergangenheit der Fall war, Projekte, die nicht über diese Titel, die wir zur Verfügung gestellt bekommen haben, etatisiert werden, die aber trotzdem Teil von „ServiceStadt Berlin“ sind und natürlich auch nicht kostenlos sind, denn Geld muss immer irgendwo bezahlt werden, um Menschen, die daran arbeiten, zu finanzieren. Oder, wenn auch Sachmittel gebraucht werden, irgendwo ist das Geld da.

Um es noch mal nachzufragen: Die Projekte, die jetzt zurückgestellt oder abgelehnt sind, finden sich unter Umständen woanders wieder. Können wir darüber, wenigsten darüber, einen Bericht bekommen, welche von den Projekten, die jetzt hier abgelehnt und zurückgestellt sind, sich in welchen Etats – mit welchen Mitteln übrigens, weil die Etats sind ja eigentlich verabschiedet – wiederfinden, damit wir – wenn Sie sagen, wir sollen es dann im Fachausschuss irgendwo behandeln – wenigstens wissen, das Projekt gibt es noch, aber nicht als „ServiceStadt Berlin“, sondern woanders, und damit wir es dann in den Fachausschüssen oder auch noch mal hier, je nachdem, was für ein Projekt es ist, aufrufen können.

Das fände ich jetzt, wenn man schon nachfragen muss, hilfreich, und ansonsten würden sich viele von den Fragen, die wir hier einzeln stellen, immer erübrigen, wenn wir das hätten, was wir heute beantragen, nämlich eine Ergänzung zu dem Auflagenbeschluss, der übrigens nicht vom Hauptausschuss kommt, sondern es ist ein Vorlage der Verwaltung, Herr Kohlmeier! Das möchte ich auch noch mal bemerken, es ist ein Beschlussvorschlag der Verwaltung an den Hauptausschuss, und auch über den müssen wir befinden.

Ich habe das von der Systematik her verstanden, dass das so Sinn macht, und unser Antrag ist eine Ergänzung dazu, der einen vorgezogenen Bericht fordert, damit wir die Lücke ausfüllen zwischen August 2011, wo wir den letzten Bericht bekommen haben – das hier sehe ich nicht als Bericht an, das ist wirklich eine dürftige Auflistung von einzelnen Projekten ohne Inhalt –, und dem Bericht, den wir im März bekommen, sodass wir auch dazwischen einen Sachstand über die aktuelle Projektlage vor den anstehenden Anmeldungen des Haushalts bekommen.

Vorsitzender Alexander Morlang: Gut! – Herr Statzkowski!

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport): Ich wollte die Fragen von Herrn Birk beantworten: Wir haben, wie Sie wissen, das Grundprinzip der dezentralen Fach- und Resourcenverantwortung in der Berliner Verwaltung, das heißt mit anderen Worten: Es gibt bei uns keinen Überblick, ob die jeweilige Behörde tatsächlich jetzt diese herausgefallenen Projekte in der Form realisieren will oder nicht. Wir könnten das, wenn Sie das wünschen, gern in Erfahrung bringen. Ansonsten ist es Sache des jeweiligen Fachausschusses, darüber noch mal nachzufragen, oder man setzt es hier auf die Tagesordnung, wobei von den fünf Dingen, die herausgefallen sind, drei in der Verantwortung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport sind, und da sind wir natürlich sprachfähig.

So, wie ich es Ihnen bereits sagte, wird das Projekt „Einführung in die Online-Melderegisterauskunft“ realisiert – genauso wie das Projekt „Berliner Prozessbibliothek“ und das Vorhaben „Konzipierung eines Qualifizierungsmoduls für Front-Office Mitarbeiter / Mit-

arbeiterinnen“, was auf der Grundlage eines Senatsbeschlusses beruht und mit null Euro angegeben ist. Auch da war der Staatssekretärsausschuss der Auffassung, dass das eine ureigene Frage der Kompetenz der Senatsinnenverwaltung ist und nicht unbedingt in dieses Programm muss. Und da man dieses Programm nach außen hin schärfer fassen wollte, hat man sich dann darauf verständigt, auch dieses Programm dort nicht offiziell mit aufzuführen. Aber es wird trotzdem realisiert.

Also alle drei Programme, die sich in unserer Verantwortung befinden, werden auch dementsprechend realisiert. Zwei Programme sind noch offen. Das eine ist Justiz – nämlich „Projekt-optimierung der Justiz-IT“ –, und dann ist da noch das Projekt „Webbasiertes MIS-System für das Controlling institutionell geförderter Kultureinrichtungen“. Wie gesagt, wenn Sie es wünschen, können wir uns gerne mit den zwei betreffenden Senatsverwaltungen in Kontakt setzen und uns dort erkundigen.

Vorsitzender Alexander Morlang: Gut! – Bereits zur letzten Sitzung wurde von den Grünen ein Vorschlag für die Stellungnahme des Ausschusses eingereicht. Gibt es weitere schriftliche Vorschläge – schriftlich oder in Textform –, wie die Stellungnahme für den Hauptausschuss gestaltet werden soll? – Herr Kohlmeier!

Sven Kohlmeier (SPD): Die Koalition hat beim Ausschussbüro einen schriftlichen, in E-Mail-Form vorliegenden Beschlussvorschlag eingereicht – selbstverständlich, obwohl mich wundert, dass wir Beschlussvorschläge jetzt neuerdings schriftlich einreichen. Aber okay! Der Beschlussvorschlag lautet wie folgt: „Der Ausschuss ITDat nimmt die Vorlage rote Nummer 563 zur Kenntnis und hat keine Einwände.“ – [Uwe Doering (LINKE): Nach der Debatte jetzt?] –

Vorsitzender Alexander Morlang: Es reicht, glaube ich, allen, dass das vorgelesen wurde, ansonsten kommt dann noch die Tischvorlage.

Uwe Doering (LINKE): Die entscheidende Frage ist, ob Ihnen das schriftlich vorliegt – wenigstens Ihnen –, mir nicht.

Vorsitzender Alexander Morlang: Einen Moment! – Haben wir da noch Diskussionsbedarf, oder können wir das abstimmen? – Gut! – Herr Birk!

Thomas Birk (GRÜNE): Also einmal wollte ich einfach nur darauf hinweisen, dass unser Antrag natürlich weitergehender ist und zuerst abgestimmt werden müsste, weil wir eine Änderung des in der roten Nummer vorhandenen Beschlussvorschlags, der vom Senat dem Hauptausschuss empfohlen wird, vornehmen wollen. Wir wollen nicht den Beschlussvorschlag des Senats ändern, sondern ergänzen. Ich hoffe, das ist auch allen klar geworden vor der Abstimmung.

Ich entnehme jetzt Ihrem Text, dass Sie damit den Beschlussvorschlag des Senats auch übernehmen. Ich hoffe, es ist Ihnen auch klar, was wir jetzt hier tun. Das heißt, wir bekommen immerhin dann am 31. März einen Bericht mit Stand 31. Dezember 2012, den wir dann auch bitte wiederum hier in diesen Ausschuss überweisen dürfen – hoffentlich – und dann auch hier beraten können. Aber ich möchte, wie gesagt, darauf hinweisen, dass unser Antrag weitergehender ist.

Vorsitzender Alexander Morlang: Gut! Dann stimmen wir zuerst über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab. Ich bitte um das Handzeichen, wer für Antrag ist. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es keine. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalition abgelehnt worden.

Jetzt kommen wir zu dem Antrag der Koalition.

Uwe Doering (LINKE): Können Sie das noch mal vorlesen? – [Zurufe] – Ich habe nichts vorliegen und würde gern noch mal den Inhalt des Antrags hören.

Vorsitzender Alexander Morlang: Hinter Ihnen! Er wird gerade verteilt. – [Zurufe von der SPD!] – Ich verweise auf die Regularien des Ausschusses, auf die wir uns geeinigt haben. Da müssen solche Dinge in Text- oder in Schriftform gemacht werden. So, ich hoffe das allgemeine Murmelbedürfnis wurde jetzt befriedigt. – Herr Doering!

Uwe Doering (LINKE): Nein! Wenn sich Herr Buchholz jetzt beschwert, dass ich darauf dränge, dass Beschlüsse, die gefasst werden sollen, schriftlich vorliegen, und jetzt hier erzählt: Kasperletheater oder sonst etwas!, dann kann ich Ihnen nur sagen: Es sind die Spielregeln nicht nur in diesem Ausschuss, dass Sachen, die abgestimmt werden, schriftlich vorliegen sollen. Ich habe auf nichts mehr oder weniger bestanden. Und wenn ich dann als Antwort bekomme, ich hätte ja einen Laptop dabei, wo ich reingucken könnte, muss ich sagen: Den habe ich nicht dabei. Formal hat das schriftlich vorzuliegen, und da es nicht schriftlich vorlag, habe ich lediglich darum gebeten, dass vor der Abstimmung dieser Satz – wenn es nur ein Satz ist – noch einmal vorgelesen wird, damit ich weiß, über was ist abstimme. Und das ist kein Kasperletheater, sondern das ist einfach ein normaler parlamentarischer Gebrauch.

Vorsitzender Alexander Morlang: Gut! – Wir würden jetzt zur Abstimmung kommen. Gibt es noch Redebeiträge zur Sache? – Okay, es gibt einen Redebeitrag zur Sache. Herr Buchholz! – [Zuruf] – Ach so, zur Sache geht gar nicht mehr, wir können nur noch zur Tagesordnung sprechen.

Daniel Buchholz (SPD): Geht es jetzt schon nach genehmen und unangenehmen Wortbeiträgen? Also, es wird immer besser, das muss ich mal wirklich sagen.

Vorsitzender Alexander Morlang: Ich habe ernsthaft in Betracht gezogen, auch den Herrn Doering noch mal zur Sache zu rufen, wollte aber den Ausschuss nicht weiter eskalieren und habe das dann einfach ignoriert. – Haben wir jetzt noch etwas zur Geschäftsordnung?

Daniel Buchholz (SPD): Ich melde mich einfach, Herr Vorsitzender, und möchte gerne das Wort bekommen.

Vorsitzender Alexander Morlang: Sie können noch zur Tagesordnung sprechen, und dann kommen wir zur Abstimmung.

Daniel Buchholz (SPD): Sie können das auch gern als Kommentar zur Tagesordnung betrachten. Sehr geehrter Herr Kollege Doering! Also den Begriff „Kasperletheater“ haben nur Sie verwendet, nicht ich. Erste Feststellung! – [Uwe Doering (LINKE): „Was soll das Thea-

ter?“, haben Sie wörtlich gesagt!] – Ja, das Wort „Kasperle“ haben Sie aber dazugefügt. Dann müssen Sie richtig zitieren.

Zweite Feststellung: Sie wissen ganz genau, dass es in praktisch allen Ausschüssen üblich ist, wenn es darum geht zu sagen, ob man einen Bericht des Senats z. B. zustimmend zur Kenntnis nimmt – ja oder nein? –, dies dann in der Regel rein mündlich vorzutragen. Das ist absolut Usus in diesem Abgeordnetenhaus, zumindest in allen Ausschüssen, die ich kenne. Da können Sie sehr viel formal argumentieren, aber es ist so. Ich kann gern in allen zukünftigen Ausschüssen – wenn der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umweltschutz oder der Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr tagt, wo wir das alles live erleben können – jedes Mal ihre Formalie herausholen, dass es nur in schriftlicher Form geht, am besten noch mit Durchschlag für alle. – [Uwe Doering (LINKE): So kenne ich es bisher!] – Das ist doch nicht richtig, Herr Doering! – Deswegen möchte ich noch mal zum Ausdruck bringen, dass ich diese selektive Wahrnehmung und auch Bewertung sowohl durch den Ausschussvorsitzenden als auch durch Fraktionäre von den Oppositionsparteien schlachtrichtig nicht nachvollziehen kann.

Vorsitzender Alexander Morlang: Wunderbar! 48 Stunden haben Sie Zeit, um sich schriftlich zu beschweren. Ich lasse auch keine weiteren Wortbeiträge zu, denn das Ganze kostet den nächsten Tagesordnungspunkt. Dafür haben wir nicht noch eine halbe Stunde Zeit. – Ich sehe einen Antrag zur Geschäftsordnung. Herr Kohlmeier möchte einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen.

Sven Kohlmeier (SPD): Ich beantrage zur Geschäftsordnung, die Geschäftsordnung in § 26 Abs. 3 vorzulesen, der wie folgt lautet:

Anträge können von jedem Ausschussmitglied gestellt werden. Auf Verlangen sind sie schriftlich zu übergeben und von dem antragstellenden Mitglied zu unterzeichnen.

Ich würde meinen Geschäftsordnungsantrag gerne nach Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag begründen wollen.

Vorsitzender Alexander Morlang: § 26 – welcher Absatz? – So, wir haben in den Regularien gesagt, die müssen in Schrift- oder in Textform vorliegen. – [Zurufe] –

Sven Kohlmeier (SPD): Wo steht es denn in den Regularien? – Herr Ausschussvorsitzender! Ich will doch nur deutlich machen: Auf Verlangen ist das schriftlich vorzulegen. Das Verlangen wurde hier im Ausschuss geäußert, und dem Verlangen wurde durch mich nachgekommen, indem ich es schriftlich per E-Mail eingereicht habe. Damit ist die Schriftformerfordernis erfüllt. Dann kann man sich aber hier im Ausschuss auch nicht hinsetzen und sagen: Warum hat es Herr Kohlmeier per E-Mail geschickt und nicht gleich automatisch ausgedruckt?

Vorsitzender Alexander Morlang: Es reicht langsam! Im Ausschuss debattieren wir gerade, was Sie in Ihrer Reihe da untereinander irgendwie während eines anderem Redebeitrages diskutiert haben. Können wir diese Ding jetzt endlich abstimmen? Wir wissen eh schon, wie diese Abstimmung ausgehen wird.

Wir kommen zur Abstimmung über die Ihnen schriftlich vorliegende Stellungnahme. Ich lese noch mal vor: Der Ausschuss ITDat nimmt die Vorlage rote Nummer 563 zur Kenntnis und hat keine Einwände. – Ich bitte um die Stimmen für diese Stellungnahme. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieses mit den Stimmen der Koalition angenommen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen, und wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Piratenfraktion [0039](#)
Drucksache 17/0227
Videoüberwachung transparenter und
nachvollziehbarer gestalten durch informativere
Hinweisschilder ITDat
InnSichO(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0034](#)
Verkauf von Forderungen im Bezirk Marzahn-
Hellersdorf aus der Perspektive des Datenschutzes ITDat
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 [0062](#)
Absatz 3 der Verfassung von Berlin ITDat
Drucksache 17/0466
Verordnung zur Regelung der Versteigerung im
Internet gemäß § 814 Absatz 3 ZPO und § 979
Absatz 1b BGB (InternetversteigerungsVO)
VO-Nr. 17/047
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.